



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Entscheiderbrief

Informationsschnelldienst

04/2023

Das BAMF

Inhaltsverzeichnis

Verfahren

Albinismus in Ostafrika

3

3

Neue Länderreporte zu Afghanistan und Algerien

4

Rechtsprechung

OVG Lüneburg / Pakistan:

5

Keine beachtliche Wahrscheinlichkeit der Verfolgung bei belutschischer Volkszugehörigkeit

5

VG Hamburg / Türkei:

Voraussetzungen des Ausschlusstatbestands gemäß § 3 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 und S. 2 AsylG

5

VG Greifswald / Honduras:

Subsidiärer Schutz bei drohender Inhaftierung

7

Blick zum Nachbarn

Polen: Ukrainische Geflüchtete in Europa – Verteilung und Aufnahmebedingungen

8

Neuerwerbungen der Bibliothek

10

Impressum

11



Albinismus in Ostafrika

Albinismus ist eine genetisch bedingte, weltweit auftretende Erkrankung, durch welche die Melaninbildung in Haut, Haaren und Augen vermindert ist. Betroffene haben neben einem veränderten Erscheinungsbild durch helle Haut und Haare ein erhöhtes Risiko für Augenbeschwerden, Sonnenbrand und Hautkrebs.¹ Da verhältnismäßig wenig Menschen von Albinismus betroffen sind, ist die Krankheit im Alltag vieler Afrikanerinnen und Afrikaner kaum präsent und die Bevölkerung unzureichend sensibilisiert.² Infolgedessen sind an Albinismus erkrankte Personen Diskriminierungen und Stigmatisierungen ausgesetzt und leiden unter einem erschwerten Zugang zu Bildung, physischen Angriffen, Menschenhandel sowie Aussetzungen im Kindesalter. Immer wieder kommt es auch zu Tötungsdelikten.³

In bestimmten Regionen Ostafrikas werden Körperteilen von Personen mit Albinismus eine heilende oder Glück bringende Wirkung zugesprochen.⁴ Gliedmaßen, Knochen, Haut und innere Organe werden bei rituellen Praktiken mit dem Ziel eingesetzt, Gesundheit und Erfolg hervorzurufen. Sie werden entsprechend teuer gehandelt.⁵ Seit 2006 gab es den Vereinten Nationen zufolge in 28 Ländern Subsahara-Afrikas offiziell 600 Angriffe auf Personen mit Albinismus. Als Reaktion darauf konzipierte der UN-Menschenrechtsrat den Regional Action Plan on Albinism in Africa (2017–2021), der übergreifend auf Prävention, Schutz, Rechenschaftspflicht, Gleichheit und Nichtdiskriminierung abzielt.⁶ Die weltweit höchste Rate von an Albinismus erkrankten Menschen weist Tansania auf.⁷ Etwa eine von 1.400 Personen ist betroffen (zum Vergleich im Subsahararaum: eine Person aus 5.000 bis 15.000).⁸

Neuere Schätzungen zählen ca. 18.000 an Albinismus erkrankte Personen in Tansania⁹, wobei seit 2006 mindestens 76 Menschen mit Albinismus getötet worden sein sollen.¹⁰ Regionale Schwerpunkte der Übergriffe sind um Mwanza, Mara und Shinyanga erkennbar.¹¹

Auch in Ruanda, Uganda, Mosambik und Malawi kommt es zu Diskriminierung, Verletzung und Tötung von Menschen mit Albinismus. Das Verhalten ihnen gegenüber folgt dabei in allen vier Ländern einem ähnlichen Muster. Beispielsweise wird sowohl in Uganda als auch in Ruanda Menschen mit Albinismus der Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Bildungseinrichtungen massiv erschwert. Frauen mit Albinismus sind häufig Opfer von Vergewaltigungen, da teilweise die Annahme besteht, Geschlechtsverkehr mit einer Person mit Albinismus würde HIV/AIDS heilen. Zudem wenden sich oftmals Familien von Betroffenen ab, da Albinismus als ein schlechtes Omen wahrgenommen wird.¹² In Uganda erkannte die Regierung Albinismus erst 2020 als eine Form der Behinderung an und ebnete damit den Weg für Unterstützungsprogramme und die Stärkung der Rechte von Betroffenen.¹³ Auch in Ruanda ist jedwede Diskriminierung u. a. aufgrund körperlicher oder geistiger Behinderung gesetzlich verboten. Eine explizite Erwähnung von Albinismus gibt es jedoch nicht.¹⁴

Eine ähnliche Situation herrscht in Mosambik und Malawi. Seit 2014 gelten 114 Personen mit Albinismus in Mosambik als vermisst. Quellen gehen davon aus, dass bis zu 20.000 Personen im Land von Albinismus betroffen sind.¹⁵ Es kommt teilweise aus der Angst vor Übergriffen heraus zum Schulabbruch.

1 Apotheken.de: Albinismus, 31.07.2019, <https://www.apotheken.de/krankheiten/4643-albinismus> (Abruf 23.03.2023)

2 Beyond Suncare: Albinism in Africa, ohne Datum, <https://beyondsuncare.org/en/albinism-in-africa/> (Abruf 23.03.2023)

3 Pedneault, Jonathan/Labaki, Lea: „It felt like A Punishment“: Growing Up with Albinism in Tanzania, in: Human Rights Watch (HRW), Februar 2019, <https://www.hrw.org/news/2019/02/09/it-felt-punishment-growing-albinism-tanzania> (Abruf 23.03.2023)

4 Müller, Charlotte: Witch hunts: A global problem in the 21st century: in: Deutsche Welle, August 2020, <https://www.dw.com/en/witch-hunts-a-global-problem-in-the-21st-century/a-54495289> (Abruf 23.03.2023); Daghar, Mohammed: Buried alive: Tanzania's albinos pay the price for superstition, in: Enact, 17.03.2022, <https://enactafrica.org/enact-observer/buried-alive-tanzanias-albinos-pay-the-price-for-superstition> (Abruf 23.03.2023)

5 Daghar, Mohammed: Buried alive: Tanzania's albinos pay the price for superstition, in: Enact, 17.03.2022, <https://enactafrica.org/enact-observer/buried-alive-tanzanias-albinos-pay-the-price-for-superstition> (Abruf 23.03.2023)

6 UN Human Rights Council: Report of the Independent Expert on the enjoyment of human rights by persons with albinism on the Regional Action Plan on Albinism in Africa (2017–2021), 19.12.2017, <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G17/363/74/PDF/G1736374.pdf?OpenElement>, S. 2 (Abruf 23.03.2023)

7 Institute for Security Studies (ISS): Tanzania's hard hit by trafficking in people with albinism, <https://issafrica.org/iss-today/tanzanians-hard-hit-by-trafficking-in-people-with-albinism#:~:text=Tanzania%20has%20the%20highest%20rate,a%20person%20appear%20unusually%20light> (Abruf 23.03.2023)

8 Daghar, Mohammed: Buried alive: Tanzania's albinos pay the price for superstition, in: Enact, 17.03.2022, <https://enactafrica.org/enact-observer/buried-alive-tanzanias-albinos-pay-the-price-for-superstition> (Abruf 23.03.2023)

9 Aktuellere Daten sind aufgrund mangelnder Erhebungen nicht verfügbar. Insgesamt ist die Quellenlage zum Thema Albinismus im afrikanischen Raum unzureichend.

10 Pedneault, Jonathan/Labaki, Lea: „It felt like A Punishment“: Growing Up with Albinism in Tanzania, in: HRW, Februar 2019, <https://www.hrw.org/news/2019/02/09/it-felt-punishment-growing-albinism-tanzania> (Abruf 23.03.2023)

11 Dowling, Patrick: White Monsters and Deadly Beliefs: The Killing of People with Albinism in Tanzania, in: The Researcher, Vol. 10, Issue 1, April 2015, <https://www.refworld.org/pdfid/55362e2a.pdf>, S. 9 (Abruf 23.03.2023)

12 Olukya, Godfrey: 'People with albinism face discrimination in Uganda', in: Anadolu Agency, 03.03.2022, <https://www.aa.com.tr/en/africa/people-with-albinism-face-discrimination-in-uganda/2522547> (Abruf 23.03.2023); UNDP:

Rwanda – icyimpye's fierce fight to protect her children with albinism, 03.09.2021, <https://www.undp.org/rwanda/news/icyimpye%E2%80%99s-fierce-fight-protect-her-children-albinism> (Abruf 23.03.2023); The New Times: Activists starts platform to help vitiligo patients believe in themselves, curb stigma, 10.03.2022, <https://www.newtimes.co.rw/article/194180/Life-style/activist-starts-platform-to-help-vitiligo-patients-believe-in-themselves-curb-stigma> (Abruf 23.03.2023)

13 UN Human Rights Office of the High Commissioner: Uganda: action plan gives hope to people with albinism, 05.10.2022, <https://www.ohchr.org/en/stories/2022/10/uganda-action-plan-gives-hope-people-albinism#:~:text=It%20aims%20to%20promote%20and,li-ving%20with%20albinism%20in%20Uganda> (Abruf 23.03.2023)

14 Constituteproject.org: Rwanda's Constitution of 2003 with Amendments through 2015, ohne Datum, https://www.constituteproject.org/constitution/Rwanda_2015.pdf?lang=en, S. 7, Sektion eins – Artikel 16, (Abruf, 23.03.2023)

15 Kamasah, Andreas: 114 albinos have disappeared in Mozambique, in: Pulse, 21.03.2021, <https://www.pulse.com.gh/filla/114-albinos-have-disappeared-in-mozambique/jx2379y> (Abruf 23.03.2023)

Diskriminierungserfahrungen unter Lehrkräften und Mitstudierenden sowie inadäquate Lehrmaterialien oder Lernmöglichkeiten für Menschen mit eingeschränkter Sehkraft können den Bildungszugang ebenfalls stark einschränken. Die Regierung in Mosambik zeigt sich mit der Implementierung von Aktionsplänen bemüht, Aufklärungs- und Präventionsarbeit zu leisten – diese fördern jedoch nur schrittweise die Anerkennung von Rechten der Betroffenen.¹⁶ In Malawi gab es seit 2014 mehr als 170 offiziell registrierte Angriffe auf Personen mit Albinismus, darunter fallen mindestens 20 Mordfälle.¹⁷ Zwar beteiligt sich auch Malawi an dem in Kooperation mit den UN entwickelten Aktionsplan; Vertretende der malawischen Menschenrechtskommission sehen jedoch wenig Veränderung bei der Situation von Betroffenen.¹⁸ Dennoch kommt es bisweilen auch zu Verurteilungen von Straftaten, die sich gegen Personen mit Albinismus richten.¹⁹

Verschiedene Nichtregierungsorganisationen, wie beispielsweise Beyond Suncare oder das Africa Albinism Network, setzen sich auf nationaler und internationaler Ebene für die Rechte und den Schutz Betroffener ein und bemühen sich um Aufklärungsarbeit. Maßnahmen wie der International Albinism Awareness Day am 13. Juni sollen die Krankheit in das breite Bewusstsein der Gesellschaften rücken.²⁰

Länderanalysen

Neue Länderreporte zu Afghanistan und Algerien

Der 57. Länderreport aus den Länderanalysen befasst sich mit der Situation von Frauen in Afghanistan. Während sich im Laufe des 20. Jahrhunderts einem Teil der Frauen in Afghanistan immer mehr Möglichkeiten zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe eröffnet haben, wurden Frauen unter der ersten Talibanherrschaft (1996-2001) nahezu komplett aus dem öffentlichen Leben verbannt. In der Islamischen Republik (2001-2021) konnten viele Mädchen und Frauen zur Schule gehen und arbeiten, doch diese Möglichkeit war auf einzelne Regionen und gesellschaftliche Schichten beschränkt. Generell hat trotz der Einführung entsprechender Gesetze die Mehrheit der Frauen in Afghanistan häusliche und/oder geschlechtsspezifische Gewalt erfahren und es gab nur schlecht funktionierende Schutzmechanismen. Diese Situation hat sich mit der Machtübernahme der Taliban im August 2021 verschärft. Während die aktuelle Gesetzeslage nur einzelne Politikbereiche abdeckt und viel Interpretationsspielraum lässt, zeichnet sich eine Steigerung von Gewalt gegen Frauen bei gleichzeitiger Verschlechterung der Schutzsituation ab. Außerdem sind Frauen und Mädchen größtenteils aus dem Bildungssystem und vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen und ihr Zugang zu Gesundheitsversorgung und humanitärer Hilfe ist stark eingeschränkt. Auf Proteste gegen diese Politik reagierten die Taliban teilweise mit Gewalt und Verhaftungen. Der vorliegende Report aktualisiert und ergänzt den Länderreport 48 zu Afghanistan (Stand 01/22) und gibt insbesondere im Kapitel 3 (Frauen unter den Taliban seit August 2021) einen Überblick zum gegenwärtigen Kenntnisstand.

Der 58. Länderreport beschäftigt sich mit der Lage der religiösen Minderheiten in der Demokratischen Volksrepublik Algerien. Dabei wird neben der allgemeinen Darstellung der rechtlichen Grundlagen auch auf die Spezifika verschiedener weiterer Bestimmungen im Rahmen der Glaubensausübung von nicht-islamischen Gläubigen eingegangen. Zudem wird erörtert, auf welche Schwierigkeiten die relevantesten religiösen Gruppen bei der Registrierung als Religionsgemeinschaft und in ihrer Glaubensausübung stoßen können.

Die Länderreporte können wie gewohnt über die Homepage des Bundesamtes unter „[Publikationen](#)“ abgerufen und verwendet werden.

Länderanalysen

¹⁶ Human Rights Watch: Mozambique: Education Barriers for Children with Albinism, 13.06.2019, <https://www.hrw.org/news/2019/06/13/mozambique-education-barriers-children-albinism> (Abruf 23.03.2023)

¹⁷ Amnesty International: Malawi: Resurgence of killings and abductions of persons with albinism spells a dangerous escalation, 04.02.2021, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2021/02/malawi-resurgence-of-killings-and-abductions-of-persons-with-albinism-spells-a-dangerous-escalation-2/> (Abruf 23.03.2023)

¹⁸ Masina, Lameck: Malawi Struggles to End Attacks on People With Albinism, in: Voice of America, 21.08.2021, <https://www.voanews.com/a/africa-malawi-struggles-end-attacks-people-albinism/6209802.html> (Abruf 23.03.2023)

¹⁹ U.a.: BBC: Malawi men jailed over murder of man with albinism, 27.06.2022, <https://www.bbc.com/news/world-africa-61959875> (Abruf 23.03.2023); New Zimbabwe: Mozambique authorities arrest father allegedly planning to sell children with albinism, 25.07.2022, <https://www.newzimbabwe.com/mozambique-authorities-arrest-father-allegedly-planning-to-sell-children-with-albinism/> (Abruf 23.03.2023)

²⁰ Africa Albinism Network: Implementation Map, ohne Datum, <https://africaalbinismnetwork.org/what-we-do/implementation-map/> und Beyond Suncare, <https://beyondsuncare.org/en/projects/> (Abruf 23.03.2023); United Nations: International Albinism Awareness Day 13 June 2022, <https://www.un.org/en/observances/albinism-day> (Abruf 23.03.2023)

OVG Lüneburg / Pakistan: Keine beachtliche Wahr- scheinlichkeit der Verfolgung bei belutschischer Volkszuge- hörigkeit

Mit Urteil vom 6. September 2022 (Az.: 11 LB 198/20) entschied das Niedersächsische Obergerverwaltungsgericht (OVG),²¹ dass es nach derzeitiger Erkenntnislage nicht die Überzeugung einer allgemeinen Gruppenverfolgung von Personen mit belutschischer Volkszugehörigkeit gewinnen könne.

Der in Karachi geborene Kläger ist pakistanischer Staatsangehörigkeit und belutschischer Volkszugehörigkeit. Er war im August 2016 mit einem Visum für Studienzwecke in die Bundesrepublik eingereist, besuchte Pakistan noch 2017 und stellte dann im August 2018 einen Asylantrag.

Die Ausführungen zu seiner politischen Betätigung in einer belutschischen Studentenorganisation (BRSO)²² vor Ausreise aus dem Herkunftsland blieben nach Auffassung des Gerichts vage. Es wurde weder vorgebracht noch war es sonst ersichtlich, dass der Kläger wegen seines politischen Engagements in das Blickfeld pakistanischer Behörden geraten wäre. Auch die Tatsache, dass er sich im Jahr 2017 noch besuchsweise in Pakistan habe aufhalten können, spreche gegen eine Vorverfolgung und eine beachtliche Verfolgungswahrscheinlichkeit bei Rückkehr.

Das OVG befand, dass die Zugehörigkeit des Klägers zu der Ethnie der Belutschen eine politische Verfolgung bei seiner Rückkehr nach Pakistan nicht als beachtlich wahrscheinlich erscheinen ließe, da nicht erkennbar sei, dass die Gesamtheit der Belutschen als Gruppe verfolgt werde.²³ Zwar stellten die Belutschen in Pakistan eine abgrenzbare Volksgruppe dar, mit einer eigenen nordwest-iranischen Sprache, dem Belutschisch, die in Pakistan als wichtiges Unterscheidungsmerkmal der Ethnie gelte.²⁴ Doch vielmehr seien nach den aussagekräftigen Erkenntnissen des Senats außerhalb der Ethnie liegende Motive, wie politische Überzeugungen und Handlungen einzelner Personen und Gruppierungen, für die staatlichen Maßnahmen im Einzelfall bestimmend.

Von größerem Interesse für den pakistanischen Staat seien nach Recherchen des Gerichts die aus der Masse herausstechenden exilpolitischen Aktivisten und nicht generell alle Asylsuchende, die sich im Ausland für die Unabhängigkeit Belutschistans eingesetzt hätten. Zu seinem exilpolitischen Engagement trug der Kläger ergänzend vor, er sei auch noch heute Mitglied der BRSO und stehe über eine eigene WhatsApp-Gruppe in Kontakt mit weiteren im europäischen Exil lebenden Mitgliedern. Auf Nachfrage des Gerichts in der mündlichen Verhandlung habe die BRSO, der er nach seinem Vortrag angehören will, nach Angaben des Klägers ihre Arbeit eingestellt. Hinreichende Anknüpfungspunkte dafür, dass der Kläger eine originäre, von einer tiefen inneren Überzeugung geprägte regimekritische Haltung habe bzw. ihm diese durch den pakistanischen Staat unterstellt werden könne, sind für den Senat nicht zu erkennen. Ebenso wenig sei feststellbar, dass das vom Kläger entfaltete Engagement ein Verfolgungsinteresse des pakistanischen Staates auslösen könne. Eine Teilnahme an Demonstrationen und anderen Aktionen in Deutschland von ähnlicher politischer Profilierung wie eine Verteilung von Flugblättern und Flyern sowie das Sammeln von Unterschriften führten nicht zu einer Verfolgungsgefahr. Dies gelte insbesondere dann, wenn es sich um eine friedfertige Betätigung innerhalb einer der in Deutschland agierenden belutschischen Exilorganisationen handele.

Davon ausgehend drohe dem Kläger bei einer Rückkehr nach Pakistan keine ernsthafte Bedrohung gemäß § 3 oder § 4 AsylG. Die in Pakistan herrschende Sicherheitslage, die wirtschaftliche und humanitäre Situation, auch in Bezug auf Covid-19 sowie die durch starke Monsunregen verursachten Überflutungen, rechtfertigten zudem keine Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 oder Abs. 7 AufenthG.

Rechtsdokumentation

VG Hamburg / Türkei: Voraussetzungen des Aus- schlussstatbestands gemäß § 3 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 und S. 2 AsylG

Mit Urteil vom 7. März 2023 (Az.: 1 A 2382/20) bestätigte das Verwaltungsgericht (VG) Hamburg die Ablehnung eines Asylantrags als offensichtlich unbegründet durch das Bundesamt, da in der Person des türkischen Staatsangehörigen der Ausschlussstatbestand gemäß § 3 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 und S. 2 AsylG

21 OVG Lüneburg, vom 06.09.2022, 11 LB 198/20, Urteil. In MLO: https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/687377/689118/689136/689234/23573856/-/OVG_L%C3%BCneburg%2C_vom_06.09.2022%2C_11_LB_198_20%2C_Urteil.pdf?nodeid=24088431&vernum=-2

22 Baloch Republican Students Organisation (BRSO) und Baloch Students Educational Organization (BSEO)

23 Asylmagazin, 1-2/2023, S. 24f.

24 OVG Lüneburg, S. 30.

erfüllt sei und ihm deshalb weder die Flüchtlings-eigenschaft noch der subsidiäre Schutz zuerkannt werden könne.²⁵

Zur Begründung seines Asylantrags trug der Kläger im Wesentlichen vor, er sei aufgrund seiner logistischen Unterstützung für die PKK vom türkischen Staat verfolgt worden. Nachdem er festgenommen worden sei, habe man ihn mit Misshandlungen und Drohungen gegen seine Familie gezwungen, die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen zu gestehen. Nach seiner Verurteilung sei er gemeinsam mit anderen Häftlingen durch einen Tunnel geflohen und mit Hilfe eines Schleppers nach Deutschland ausgereist.

Das Gericht folgte der Auffassung des Bundesamtes, wonach vorliegend der Ausschlussstatbestand gemäß § 3 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 und S. 2 AsylG vorliegt. Hiernach ist einem Ausländer der internationale Schutz zu verwehren, wenn er den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen zuwidergehandelt hat. Nach § 3 Abs. 2 S. 2 AsylG gilt dies auch für Ausländer, die andere zu den genannten Handlungen angestiftet oder sich in sonstiger Weise daran beteiligt haben. Die dafür maßgeblichen Ziele und Grundsätze sind in der Präambel und in den Art. 1 und 2 der Charta der Vereinten Nationen dargelegt und u. a. in den Resolutionen des UN-Sicherheitsrats zu den Antiterrormaßnahmen verankert. Aus diesen folgt, „dass die Handlungen, Methoden und Praktiken des Terrorismus“ und „die wissentliche Finanzierung und Planung terroristischer Handlungen sowie die Anstiftung dazu ebenfalls im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen stehen“.²⁶

Laut Gericht sei zwar geklärt, dass die in der EU-Terrorliste aufgeführte PKK als terroristische Organisation gilt. Jedoch sei allein eine Mitgliedschaft in der Organisation nicht automatisch ein schwerwiegender Grund für den Ausschluss. Erforderlich sei die Würdigung der individuellen Verantwortung für die Verwirklichung der Zielsetzungen. Unterstützungshandlungen zugunsten der Organisation müssten sich nicht spezifisch auf terroristische Aktionen beziehen, denn der Ausschlussgrund verlange keine Zurechnung im strafrechtlichen Sinne. Tatsächlich verwirklichte logistische Unterstützungshandlung von hinreichendem Gewicht im Vorfeld würden ausreichen.

Der Kläger hat insgesamt acht Jahre lang in verschiedenen Camps in einer Logistikeinheit der PKK maßgebliche Unterstützungsleistungen erbracht. Er sei dabei – nach einer Ausbildung im Iran –

in einer bewaffneten Logistikeinheit im Nordirak und anschließend in der Türkei eingesetzt gewesen, sodass die Voraussetzung für § 3 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 AsylG vorliegen.

Nach Feststellung des Gerichtes erfüllen diese Beiträge in der Logistik auch die Voraussetzung für den Tatbeitrag in „sonstiger Weise“ gemäß § 3 Abs. 2 S. 2 AsylG.

Das Gericht würdigte den langjährigen Einsatz in der Logistik innerhalb der PKK als besonders schwerwiegend und als Beleg für eine Mitverantwortlichkeit für Gewalttaten in dieser Zeit. Denn mit diesem langen Zeitraum der Unterstützung gehe sowohl eine subjektive als auch eine objektive Vertiefung der individuellen Verantwortung einher.

In subjektiver Hinsicht begründet die lange Zugehörigkeit in einer Organisation wie der PKK, die eine strenge hierarchische Struktur aufweist und für sich einen ideologischen Unterbau beansprucht, bereits gewichtige Anhaltspunkte für die Annahme, dass der Kläger häufigen Austausch mit Vorgesetzten und Personen gehabt habe, die direkt an Kampfhandlungen teilnahmen. Er sei sich demnach über einzelne Maßnahmen der Organisation bewusst gewesen. Die langjährige logistische Unterstützungsarbeit des Klägers begründet auch in objektiver Hinsicht eine hinreichend individuelle Verantwortung für die einzelnen Gewaltaktionen.

Das Bundesamt habe die Ablehnung des Asylantrags daher in rechtmäßiger Weise auf § 30 Abs. 4 Var. 2 AsylG gestützt, da die Voraussetzungen des § 3 Abs. 2 AsylG erfüllt seien.

Für den Kläger stellte das Bundesamt jedoch ein Abschiebungsverbot gemäß § 60 Abs. 5 AufenthG i. V. m. Art. 3 EMRK fest. Zum einen seien einzelfallbezogen die Haftbedingungen für den Kläger in der Türkei zu berücksichtigen. Zum anderen sei in diesem Einzelfall kumulativ zu beachten, dass die türkischen Behörden nach den Erkenntnissen des Bundesamtes Kenntnis von dem Asylantrag des Klägers erhalten hätten. In der Gesamtschau aller Umstände sei nicht davon auszugehen, dass der Kläger bei Rückkehr in die Türkei ein faires Strafverfahren erwarten könne.

Rechtsdokumentation

²⁵ Vgl. *VG Hamburg, vom 7.03.2023, 1 A 2382/20, Urteil*, in: <https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe?func=ll&objId=24093175&objAction=Open&nex-turl=%2Fotcs%2Fcs%2Eexe%3Ffunc%3Dl%26objId%3D24052119%26objAction%3Dbrowse%26sort%3Dname>

²⁶ Vgl. Erwägungsgrund 22 zur Richtlinie 2004/83/EG, in: <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2004:304:0012:0023:DE:PDF> (Abruf am 12.04.2023)

VG Greifswald / Honduras: Subsidiärer Schutz bei drohender Inhaftierung

Mit Urteil vom 23. März 2023 (Az.: 2 A 1195/19 HGW) entschied das Verwaltungsgericht (VG) Greifswald²⁷, dass dem Kläger subsidiärer Schutz zuzuerkennen sei, da ihm in Honduras im Rahmen einer drohenden Inhaftierung durch die dort herrschenden Haftbedingungen ein ernsthafter Schaden in Form einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung drohe.

Der Kläger, honduranischer Staatsangehöriger, reiste im Jahr 2019 mit seiner Frau und dem gemeinsamen Kind in die Bundesrepublik Deutschland ein und stellte einen Asylantrag. Er gab an, sich an der Universität politisch engagiert zu haben und im Rahmen seines Einsatzes gegen die Privatisierung der Bildung ins Visier der Behörden geraten zu sein. Bei einer Besetzung der Universität im Jahr 2017 habe die Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet und einen Haftbefehl erlassen. Unter der Anklage, ein öffentliches Gebäude besetzt zu haben, sei der Kläger mit Auflagen belegt worden, eine endgültige Entscheidung im Verfahren habe zum Zeitpunkt der Ausreise nicht bestanden. Er gab an das Land verlassen zu haben, da er eine Verhaftung fürchtete und es eine Todesdrohung gegen seine Familie gegeben habe.

Zunächst stellte das Gericht dar, dass die Voraussetzungen für die Feststellung der Flüchtlingseigenschaft nicht gegeben seien. Der Kläger sei nach Überzeugung des Gerichts schon nicht vorverfolgt ausgereist. Soweit er hierfür geltend mache, er werde wegen der Teilnahme an Studentenprotesten seitens des honduranischen Staates politisch verfolgt, fehle es an einer an seine politische Überzeugung anknüpfende Verfolgungshandlung im Sinne von § 3a Abs. 1 AsylG. Zwar seien die Angaben des Klägers zu seinem Engagement und dem offenen Strafverfahren glaubhaft und wurden im Rahmen eines Auskunftersuchens an das Auswärtige Amt bestätigt, jedoch war das Gericht nicht überzeugt, dass der Kläger wegen seiner politischen Überzeugung oder Äußerungen in Honduras Repressalien unterlegen habe, die eine Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft begründen könnten. Dabei stützte das Gericht seine Einschätzung auf die aktuelle Erkenntnislage, wonach der honduranische Staat die Meinungsfreiheit und die Freiheit, sich friedlich zu versammeln, grundsätzlich gewährleiste.²⁸ Eine systematische Verfolgung gegen Personen, die oppositionelle Haltungen vertreten oder kundtun, sei demnach nicht ersichtlich. Dass der Kläger selbst von

gewaltsamen Handlungen gegenüber Protestierenden betroffen war, konnte er nicht glaubhaft schildern, wobei es sich auch bei einzelfallbezogener Polizeigewalt nicht um eine Verfolgungshandlung handeln würde. Zudem habe der Kläger weiter unbehelligt an Demonstrationen teilgenommen, was auch gegen eine systematische Verfolgung oppositioneller Demonstranten durch den honduranischen Staat spreche. Auch das gegen ihn eröffnete strafrechtliche Verfahren stelle keine Verfolgung dar, da die Einleitung dessen nicht an ein entsprechendes Merkmal anknüpfe, sondern es sich um die von der honduranischen Rechtsordnung vorgesehene Ahndung von möglicherweise vom Kläger begangenen strafrechtlichen Handeln handle. Bei einer möglicherweise drohenden Haftstrafe von ein bis zwei Jahren handle es sich nicht um eine unverhältnismäßige oder diskriminierende Strafverfolgung. Für eine drohende besonders harte Verurteilung wegen seiner politischen Überzeugung sieht das Gericht keine Anhaltspunkte.

Der Kläger hat jedoch einen Anspruch auf Zuerkennung subsidiären Schutzes, weil ihm in Honduras ein ernsthafter Schaden in Form einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Bestrafung durch eine Inhaftierung droht. Nach Überzeugung des Gerichts werde der Kläger in Honduras mit hinreichender Wahrscheinlichkeit wegen der „widerrechtlichen Aneignung eines öffentlichen Gebäudes“ gemäß Art. 378 des honduranischen Strafgesetzbuches zu einer Haftstrafe von ein bis zwei Jahren verurteilt. Seine Verstöße gegen die Auflagen, insbesondere gegen das Ausreiseverbot und die Meldeauflage, könnten Untersuchungshaft zur Folge haben.²⁹ Berichten des US Department of State und Human Rights Watch lässt sich entnehmen, dass die Haftbedingungen in Honduras nicht internationalen Standards entsprechen, unmenschlich und aufgrund der allgegenwärtigen unkontrollierten Gangkriminalität teilweise lebensbedrohlich sind.³⁰ Die Gefängnisse sind häufig überbelegt und bieten nur unzureichend Zugang zu Nahrung, Wasser, adäquaten sanitären Bedingungen und medizinischer Versorgung. In einigen Haftanstalten fehlt es zudem an ausreichender Belüftung und Tageslicht.³¹

Das Gericht kam im vorliegenden Einzelfall zu dem Ergebnis, dass die dem Kläger mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit drohenden Haftbedingungen eine zielgerichtete unmenschliche oder erniedrigende Behandlung darstellten, die durch den honduranischen Staat billigend in Kauf genommen werde. Demnach sei ihm subsidiärer Schutz zuzuerkennen.

Rechtsdokumentation

²⁷ VG Greifswald, Urteil vom 23.03.2023, 2 A 1195/19 HGW; in MfL: <https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe?func=ll&objId=24088373&objAction=Open&nex-turl=%2Fotcs%2Fcs%2Eexe%3Ffunc%3Dsrch%2EsearchCache%26cacheId%3D8692031>

²⁸ United States Department of State, Honduras 2021, Human Rights Report, S. 8 ff.

²⁹ VG Greifswald, a.a.O. S. 10

³⁰ US Department of State, Honduras 2021 Human Rights Report, Stand: 12.04.2022, S. 4 ff.

Human Rights Watch, Honduras Events of 2021, Stand: 13.01.2022, S. 6

³¹ US Department of State, Honduras 2021 Human Rights Report, Stand: 12.04.2022, S. 4

Blick zum Nachbarn / Polen: Ukrainische Geflüchtete in Europa – Verteilung und Aufnahmebedingungen

Die russische Invasion in die Ukraine vor nun über einem Jahr hat Millionen Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und Zuflucht in den Nachbarländern und in der EU zu suchen. Das bisher größte Aufnahmeland mit 2,8 Mio. ist Russland.³²

Über 8,1 Mio. Menschen aus der Ukraine haben sich seit dem 24. Februar 2022 in Richtung Europa auf den Weg gemacht. Rund 4,6 Mio. genießen derzeit einen temporären Schutz in einem der EU-27-Länder. Die meisten ukrainischen Flüchtlinge sind in Polen (1,58 Mio.), Deutschland (923.000), Tschechien (504.000), Italien und Spanien (jeweils 173.000) und Frankreich (119.000) registriert. Weniger Aufnahmen gab es in Kroatien (22.000), Griechenland (23.000) und Ungarn (34.000).³³

Am 5. März 2022 hat die EU zum ersten Mal in der Geschichte die „Richtlinie über den vorübergehenden Schutz (RL 2001/55/EG)“ aktiviert – ein Notfallmechanismus, der bei einem außergewöhnlichen Massenzustrom greift, um Vertriebenen sofort und kollektiv Schutz zu gewähren und den Druck auf die nationalen Asylsysteme der EU-Länder zu verringern. Zu den Rechten im Rahmen des vorübergehenden Schutzes zählen ein legaler Aufenthaltstitel, der Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Wohnraum, Sozialhilfe, medizinische Versorgung und der Zugang zu Bildung. Der vorübergehende Schutz umfasst nicht nur ukrainische Staatsangehörige und ihre Ehegatten, sondern auch Staatenlose und Staatsangehörige anderer Länder, welchen in der Ukraine internationaler Schutz zuerkannt wurde sowie Drittstaatsangehörige mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel in der Ukraine. Ursprünglich wurde der vorübergehende Schutz für ein Jahr eingeführt, mittlerweile aber bis zum 4. März 2024 verlängert. Je nach Entwicklung der Lage in der Ukraine kann er um ein weiteres Jahr verlängert werden.³⁴

In der Rubrik „Blick zum Nachbarn“ wird in den kommenden Ausgaben des Entscheiderbriefs ein Überblick über die Lage von ukrainischen Geflüchteten in ausgewählten EU-Staaten gegeben. Der erste Teil beleuchtet die Situation im Nachbarland Polen.

Seit Beginn des Krieges haben mehr als vier Millionen Menschen die polnische Grenze passiert. Rund 1,58 Mio. Menschen sind im Land geblieben. Das Hauptaufnahme- und Transitland der EU 27 verabschiedete bereits am 12. März 2022 ein Gesetzespaket, das die rechtliche Situation von aus der Ukraine Geflüchteten unbürokratisch regelt.³⁵

Das Sonder-Gesetzespaket sieht u. a. folgende Regelungen vor:

Aufenthaltserlaubnis: Bei legaler Einreise (frühestens 24. Februar 2022) nach Polen bekommen ukrainische Staatsangehörige sowie deren Ehegatten und enge Familienmitglieder zunächst eine 18-monatige Aufenthaltserlaubnis, welche nach Ablauf verlängert werden kann. Bei einer Ausreise von über einem Monat verlieren sie den Status. Ukrainerinnen und Ukrainer, die sich bereits vor dem 24. Februar 2022 in Polen aufhielten und nicht bereits eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis hatten, bekommen eine automatische Verlängerung ihres Visums um 18 Monate.

Arbeitsmarkt und Sozialsystem: Für ukrainische Flüchtlinge wurde im nationalen Registersystem (PESEL)³⁶ eine neue Kategorie eingeführt. Die Nummer können Ukrainerinnen und Ukrainer innerhalb von 60 Tagen nach ihrem Grenzübertritt bei den kommunalen Bürgerämtern beantragen. Nach Erhalt der PESEL-Nummer haben sie einen uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt sowie zum Gesundheits-, Sozial- und Bildungssystem (Sozialleistungen, Arbeitslosengeld). Sie bekommen einmalig und pro Person 300 PLN (rd. 60 Euro).³⁷ Gleichzeitig können sie sich in dem Register of Contact Data (RDK) registrieren und dort ein vertrauliches Profil anlegen. Dieses enthält alle wichtigen Unterlagen und behördlichen Mitteilungen und erlaubt den Austausch mit sämtlichen polnischen Behörden via Internet und mit Hilfe der elektronischen Signatur.

Unterstützung polnischer Haushalte: Menschen, die Geflüchtete aus der Ukraine bei sich zu Hause aufnehmen, bekommen dafür bis zu zwei Monate lang 1.200 PLN (ca. 250 Euro).

Finanzierung: Einrichtung eines Sonderfonds durch die polnische Staatsbank, um Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine zu unterstützen. Bezirke (Wojwodschaften), die den Großteil der Maßnahmen koordinieren (beispielsweise die

³² <https://www.dw.com/de/wo-die-meisten-ukrainischen-gefl%C3%BChteten-sind/a-65235034>, abgerufen am 17.04.2023.

³³ Stand: 11.04.2023, <https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine>, abgerufen am 17.04.2023.

³⁴ <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/temporary-protection-displaced-persons/>, abgerufen am 17.04.2023.

³⁵ Das Gesetz gilt nur für ukrainische Staatsangehörige und deren Ehegatten. Drittstaatsangehörige aus der Ukraine sollen bestehende Kanäle, um eine Aufenthaltserlaubnis zu erlangen.

³⁶ PESEL-Nummer (Personal identification number): PESEL ist eine persönliche Personenidentifikationsnummer (polnische Personenkennzahl) in Polen. Diese Nummer besteht aus 11 Zahlen (siehe Beispiel unten). Sie enthält folgende Informationen: das Geburtsdatum, eine Ordnungszahl, die Geschlechtsbezeichnung und eine Kontrollnummer.

³⁷ https://help.unhcr.org/poland/information-for-new-arrivals-from-ukraine/#Cash_Assistance, abgerufen am 17.04.2023.

Erstaufnahmepunkte), können unbürokratisch Aufträge an zivilgesellschaftliche Organisationen vergeben.³⁸

Die polnische Regierung lancierte parallel dazu ein Hilfe-Portal – ähnlich dem Portal „Germany4Ukraine“ – mit Informationen u. a. zur Ein- und Weiterreise, zum Aufenthalt und zur Gesundheitsversorgung in Polen: „pomagamukrainie.gov.pl“.

Die polnische Bevölkerung und die Behörden haben die Flüchtlinge aus der Ukraine mit großer Solidarität und Anteilnahme aufgenommen. Die Gründe hierfür sind vielschichtig. Zum einen liegt das an der geographischen und sozio-kulturellen Nähe sowie den historisch gewachsenen Zusammenhängen beider Länder. Zum anderen ist Polens Zivilgesellschaft sehr lebendig und blickt auf eine lange Tradition der Freiwilligenarbeit zurück. Seit Beginn des Flüchtlingsstroms aus der Ukraine haben zivilgesellschaftliche Akteure, nationale NGOs, ukrainische Flüchtlingsorganisationen und zahllose Freiwillige aus allen Teilen der Gesellschaft sich in hohem Maße engagiert, um die Geflüchteten schnell und pragmatisch zu unterstützen. Vor allem die NGOs im Land haben mit der Generierung von Geld- und Sachspenden, der Organisation der Unterstützung an der Grenze sowie der Koordinierung humanitärer, juristischer, logistischer und psychologischer Hilfe eine enorme Leistung erbracht.³⁹

Ein gutes Jahr nach dem Beginn des Krieges zeigen sich bei der Unterbringung der Geflüchteten massive strukturelle Probleme: Polen verfügt über keine staatlichen Strukturen für die Aufnahme von Flüchtlingen und auch nicht über ein zentrales Staatsregister für freie Unterkünfte. Die Geflüchteten können nicht gleichmäßig oder nach einem bestimmten Schlüssel auf das Land verteilt werden. Das führte zu einer überproportional hohen Belastung größerer Städte, wo Notunterkünfte, wie Sport- und Veranstaltungshallen, Hotels, Wohnheime, Herbergen und Pilgerhäuser vollständig belegt sind. Geflüchtete suchen weiterhin Unterkünfte über private Kanäle.

Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Flüchtlingsaufnahme aus der Ukraine veranlasste die polnische Regierung dazu, die Flüchtlinge an den Unterbringungskosten zu beteiligen. Seit März 2023 müssen ukrainische Flüchtlinge, die sich länger als 120 Tage in Polen aufhalten und in Gemeinschaftsunterkünften leben, die Hälfte – max. aber 40 PLN (8,50 Euro) pro Tag – ihrer Unterkunftskosten übernehmen.⁴⁰ Ab Mai 2023 müssen sie 75 % – max. aber 60 PLN (12,73 Euro) – ihrer Unterkunftskosten selbst tragen,

38 Kozłowska, Marta: Fluchtmigration aus der Ukraine nach Polen. Aus: MIDE-DEM-Policy Brief. Ausgabe: 2022-2. Hrsg.: MIDE-DEM Mercator Forum Migration und Demokratie.

39 <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/polen>, abgerufen am 17.04.2023.

40 Ausgenommen hiervon sind besonders schutzbedürftige Gruppen wie Kinder, Rentner, Schwangere, Alleinerziehende, Eltern mit Kindern unter zwölf Jahren.

wenn sie sich länger als 180 Tage in Polen aufhalten. Eine weitere Maßnahme der polnischen Regierung war der Importstopp von ukrainischem Getreide Anfang April 2023. Was ursprünglich als Hilfe für die Ukraine gedacht war, nämlich ukrainisches Getreide über Polen nach Afrika zu verkaufen, entpuppte sich als Katastrophe für die einheimischen Bauern: Der Preis für polnisches Getreide halbierte sich nahezu und die Regierung zog die Notbremse. Es bleibt abzuwarten, wie Polen und inzwischen auch Ungarn auf die dem Importstopp folgende Kritik der EU-Kommission reagieren.⁴¹

Informationszentrum Asyl und Migration

Einblick

Polen und neun weitere EU-Länder⁴² erhalten über den Regional Refugee Response Plan (RRP) for the Ukraine Situation seit März 2022 finanzielle und strukturelle Unterstützung (Flüchtlingskoordinierung) durch den UNHCR und Nichtregierungsorganisationen.⁴³

Die aus der Ukraine Geflüchteten in diesen Ländern erhielten zudem eine finanzielle Winterhilfe („winter assistance“) vom UNHCR.

Für Polen belief sich diese Winterhilfe auf 1.000 PLN (214,56 Euro) pro Person und Monat, max. 3.000 PLN (643,69 Euro) pro Familie und Monat.

41 <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ungarn-getreide-ukraine-103.html>, abgerufen am 17.04.2023.

42 Bulgarien, Tschechien, Estland, Ungarn, Litauen, Lettland, Moldau, Rumänien, Slowakei.

43 <https://data.unhcr.org/en/documents/details/99791>, abgerufen am 17.04.2023.

Neuerwerbungen der Bibliothek

Bast, Jürgen: Europäische Migrationspolitik im Lichte der Menschenrechte : Ergebnisse der REMAP-Studie. - 1 Online-Ressource. - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik : ZAR. - 43 (2023), Heft 3, Seite 118-124

Brücker, Herbert [u.a.]: Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland: Ergebnisse der ersten Welle der IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP Befragung. - 16. Februar 2023. - Nürnberg : IAB, 2023. - 1 Online-Ressource (137 Seiten)

Classen, Georg: Das Asylbewerberleistungsgesetz - Einschränkungen des Grundrechts auf ein menschenwürdiges Existenzminimum für Geflüchtete : Bedarfsdeckung und Regelsätze nach Asylbewerberleistungsgesetz, Hartz IV und Bürgergeldgesetz. - November 2022. - Frankfurt am Main: Pro Asyl, 2022. - 1 Online-Ressource (234 Seiten)

Das Bundesamt in Zahlen: Asyl, Migration und Integration. - Stand: März 2023. - Nürnberg : Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2023. - 1 Online-Ressource (56 Seiten)

Fallbuch Asylrecht: mit Bezügen zum Aufenthaltsrecht. - Berlin : De Gruyter, [2023]. - XXVIII, 690 Seiten. - ISBN 978-3-11-100004-6

Falkenhain, Mariella; Raab, Miriam: Die Westbalkanregelung als Blaupause? : Erwerbsmigration fair gestalten und langfristig denken. - 2022. - 1 Online-Ressource

Fleeing Ukraine: displaced people's experiences in the EU : Ukrainian survey 2022. - Luxembourg : Publications Office of the European Union, 2023. - 1 Online-Ressource (66 Seiten). - ISBN 978-92-9461-966-2

Giesing, Yvonne [u.a.]: Anpassungs- und Integrationsstrategien von Geflüchteten aus der Ukraine in Deutschland : Ergebnisse der qualitativ-quantitativen ifo Studie zu den Erfahrungen, Plänen und Absichten der ukrainischen Geflüchteten in Deutschland. - November 2022. - München : ifo Institut, [2022]. - 1 Online-Ressource (55 Seiten). - ISBN 978-3-95942-118-8

Graf, Johannes: Berichtsreihen zu Migration und Integration. - 1. Wanderungsmonitoring : Bildungs- und Erwerbsmigration nach Deutschland. - Stand: 02/2023. - Nürnberg : BAMF, 2023. - 1 Online-Ressource (37 Seiten)

Janda, Constanze: Geflüchtete aus der Ukraine im System des Migrations(sozial)rechts - Legitime Differenzierung oder unzulässige Ungleichbehandlung?. - 1

Online-Ressource. - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik : ZAR. - 43 (2023), Heft 1, Seite 8-16

Kasperek, Bernd: Der Hotspot-Ansatz in der EU-Migrations- und Asylpolitik. - Bonn : BpB, 2022. - 1 Online-Ressource (7 Seiten)

Leitfaden: Irak. - Juni 2022. - Luxemburg : Amt für Amtliche Veröffentlichungen, 2022. - 1 Online-Ressource (66 Seiten). - ISBN 978-92-9400-520-5

Leitfaden: Somalia. - Juni 2022. - Luxembourg : Amt für Amtliche Veröffentlichungen, 2022. - 1 Online-Ressource (73 Seiten). - ISBN 978-92-9400-532-8

Mantel, Johanna: Überblick zu den Änderungen durch das Gesetz zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts. - 4 Seiten. - In: Asylmagazin : Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht. - (2023), Heft 1, Seite 4-7

Marx, Reinhard: Kommentar zum Asylgesetz : AsylG. - 11. Auflage. - Hürth : Wolters Kluwer Deutschland GmbH, [2022]. - 1 Online-Ressource. - ISBN 978-3-472-09762-4

Refugees and religion: ethnographic studies of global trajectories]. - London : Bloomsbury Academic, 2021. - 1 Online-Ressource (XII, 334 Seiten). - Online-Ausgabe. - ISBN 978-1-3501-6716-2

Riemer, Lena: Law at the border or new borders of law? : the role of the European Court of Human Rights in the context of European border policy. - 1 Online-Ressource (34 Seiten). - In: Zeitschrift für Flüchtlingsforschung : Z'Flucht. - 7 (2023), Heft 1, Seite 15-48

Unzumutbarkeit der Passbeschaffung bei Erfordernis einer "Reueerklärung" : §§ 5, 6, 9 AufenthV; § 48 Abs. 3 und 4, § 95 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG; §§ 4, 72 Abs. 1 Nr. 1, § 73b AsylG; Art. 3, 25 Abs. 1 und 2 RL 2011/95/EU; Art. 2 Abs. 1 GG; Art. 3 EMRK; Art. 2 Zusatzprotokoll Nr. 4 zur EMRK; Art. 28 GFK : BVerwG, Urt. v. 11.10.2022 - 1 C 9.21. - 1 Online-Ressource. - In: Deutsches Verwaltungsblatt: DVBL. - [138] (2023), Heft 6, Seite 344-349

Wang, Zhe: Chinese students at U.K. universities: Transnational education mobilities as a stepping-stone to adulthood. - 1 Online-Ressource (11 Seiten). - In: Population, space and place. - 28 (2022), Heft 7

Weber, Ferdinand: Contested borders. Migrationsrechtsdenken und Grenzen. - 1 Online-Ressource. - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik : ZAR. - 43 (2023), Heft 3, Seite 102-112

Impressum

ISSN 2940-7001

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
90461 Nürnberg

Stand

04/2023

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bildnachweis

iStockphoto


Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechtsdokumentation,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg
E-Mail: [e-brief\(at\)bamf.bund.de](mailto:e-brief(at)bamf.bund.de)
<https://milo.bamf.de>

Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen
unter: www.bamf.de/publikationen

Die Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

 www.facebook.com/bamf.socialmedia

 [@BAMF_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)

www.bamf.de

